

**Herausgeber:**  
Bundesvorstand  
Vorstandsbereich III  
Bundessenior/Innenr  
Olof-Palme-Straße 19  
60349 Frankfurt

20.10.2003

## **Resolution der IG BAU Jugend und der IG BAU Senioren zum Problem des Generationenvertrages.**

Wir Teilnehmer an der gemeinsamen Beratung des Bundesjugendvorstandes und des Bundesseniorinnenvorstandes der IG BAU am 17. - 18.10.2003 in der Bildungsstätte in Steinbach Ts. zum Thema

### **„Alterssicherung“**

haben uns mit der bisherigen Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme für das Leben im Alter vertraut gemacht sowie Visionen für eine künftige Gestaltung derselben diskutiert.

Wir drücken unsere tiefe Sorge über die beschlossenen und vorgesehenen Einschränkungen der Grundrechte, den weiteren Abbau der sozialen Sicherungssysteme und die daraus erwachsenen Gefährdung des sozialen Friedens in der Bundesrepublik Deutschland aus.

Wir fordern, dass der in der Bundesrepublik Deutschland bereits vollzogene und weiterhin beabsichtigte Sozialabbau sofort beendet wird. Wir bestehen damit auf Einhaltung des Artikels 20 Grundgesetz festgeschriebenen Sozialstaatsgebotes. Unsere Forderung erheben wir, weil dieser eingeschlagene Weg den sozialen Frieden in Deutschland gefährdet und immer mehr Bürger in das soziale Armut führt.

Wir wissen, dass die Erhaltung des in Deutschland erreichten sozialen Versorgungs- und Sicherungsniveaus der Bürger sowie die Auswirkungen aus den sich vollziehenden objektiven Veränderungen in der Welt veränderte Anforderungen an das Leistungsvermögen der Gesellschaft stellen. Wir wenden uns entschieden dagegen, dass die daraus entstehenden Veränderungen durch den



Abbau des sozialen Versorgungs- und Sicherungsniveaus ausgeglichen werden sollen, weil dieser Abbau zum überwiegenden Teil auf die Bürger mit dem geringsten Einkommen abgewälzt wird.

Wir fordern und kämpfen für eine Politik, die dem in den letzten Jahren rücksichtslos vollzogenen Umverteilungsprozess von „Unten nach Oben“ Einhalt gebietet.

Unser Kampf wird erst dann enden, wenn die Bundesrepublik Deutschland sich in eine soziale Demokratie gewandelt hat, in welcher nicht wie gegenwärtig, die „Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden“.

**Wir junge und alte Gewerkschafter müssen dem Einkommens- und Sozialabbauprogramm der Regierung eine eigene soziale Reformagenda entgegensetzen.**

Wir unterstützen den Bundesvorstand und unseren Bundesvorsitzenden, Klaus Wiesehügel, in ihrem Engagement, für soziale Gerechtigkeit und eine soziale Reformpolitik.

Die Einführung einer Bürgerversicherung nach dem Modell der IG BAU ist ein entscheidender Punkt zum Erhalt und zum Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, wozu u.a. die Ausweitung der Beitragspflicht auf alle Bürgerinnen und Bürger und alle Einkommen beitragen würde.

Ein weiterer Punkt ist, dass durch die rasante Entwicklung von Elektronik und neuen Technologien Produktivitätssteigerungen ausgelöst wurden und werden, so dass immer weniger Beschäftigte ein immer größeres Bruttoinlandsprodukt erwirtschaften. Das muss zu neuen Überlegungen hinsichtlich solidarischer Finanzierung für die Sicherung der sozialen Systeme führen.

Dadurch wird auch der demografische Wandel unserer Gesellschaft nicht dazu führen, dass die gegenwärtige Rentengeneration zum Sparschwein der Nation wird und die junge Generation beim Eintritt in das Rentenalter keine existenzsichernde Grundlage für ihren Lebensabend hat.

Die Konzeption unseres Bundesvorstandes für ein

### **„Universelles System der gesetzlichen Alterssicherung“**

ist nach unserer Ansicht das beste Modell für die Mehrheit der Bevölkerung, weil es den Solidargedanken stärkt. Wir fordern eine Politik und Unternehmenskultur die es uns und der nachwachsenden Generation in Zukunft ermöglicht gesellschaftliche Werte, wie Familie und Kinder mit dem Erwerbsleben zu vereinbaren.

### **Miteinander reden, voneinander lernen**

Schlussfolgerung aus dem geführten freimütigen Dialog zwischen den Generationen, der vom gegenseitigen Verständnis, Respekt und wechselseitiger Solidarität geprägt war, erklären wir, dass es keinen Generationskonflikt gibt. Wir verurteilen diejenigen gesellschaftlichen Kräfte die einen Generationenkonflikt schüren wollen und damit die Solidargemeinschaft bewusst zerstören wollen

Wir rufen die Bezirksjugendvorstände und die Bezirksseniorenarbeitskreise auf, im Rahmen ihrer Zusammenkünfte über unser Rentenkonzept zu sprechen.

Die IG BAU Jugend und Senioren betrachten die Veranstaltung als einen Auftakt, sie werden die solidarischen Gespräche weiterführen.

Steinbach Ts., am 18. Oktober 2003

